



Wirtschaftswende

Mit einer sozial-ökologischen Transformation aus der Eurokrise



konzeptwerk 
neue ökonomie

FAIRBINDUNG 
nachhaltig handeln, konsumieren, lernen



Förderverein
Wachstumswende e.V.
www.wachstumswende.de

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, sehr geehrte deutsche Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat sich wichtige Fragen für unsere Gesellschaft gestellt. Die Mitglieder der Kommission haben versucht, parteipolitische Differenzen zu überwinden und zum Teil beachtliche Ergebnisse vorgelegt. Eines der zentralen Probleme wurde allerdings nicht angegangen: Die Kommission hat sich, obwohl sie es laut Einsetzungsbeschluss sollte, kaum mit der Finanz- und Eurokrise beschäftigt. Mit diesem Appell möchten wir diese Lücke schließen und konkrete Vorschläge zur Lösung der Finanz- und Eurokrise unterbreiten.

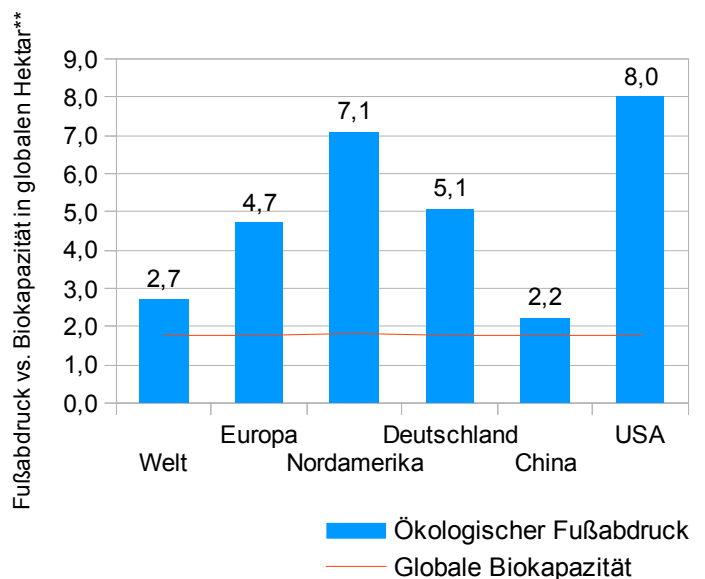
Wir fordern Sie auf, sich für eine Wirtschaftswende einzusetzen!

Die europäische Gemeinschaft befindet sich in der größten Krise ihrer bisherigen Geschichte. Ganze Volkswirtschaften geraten in ökonomische Turbulenzen mit hoher Arbeitslosigkeit, Unternehmenspleiten und zunehmenden Ungleichheiten. In Spanien und Griechenland ist jeder zweite Mensch unter 25 Jahren arbeitslos. Der europäische Zusammenhalt bröckelt. Über den aktuellen Sparkurs, der diese sozialen Tragödien bisher verstärkt hat, wird gestritten. Gleichzeitig gibt es auch einen erstaunlichen Konsens bezüglich der Eurorettung: Es müsse wieder hohes Wachstum generiert werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen zu beruhigen. Es scheint, dass die Enquête-Kommission nur für Gedankenexperimente eingesetzt wurde: Wenn es um Europas Zukunft geht, wird wieder auf die alten ökonomischen Rezepte zurückgegriffen, die in die Krise geführt haben. Doch wir befinden uns nicht nur in einer europäischen Wirtschaftskrise, sondern auch in einer globalen Umweltkrise. Egal, ob man auf Wachstum setzt oder nicht, es ist klar: Es braucht Konzepte, in welchen die verschiedenen Krisen zusammengedacht werden. Wir müssen die Wirtschaft sozial gerechter, naturverträglich und krisensicher machen. Mit diesem Appell wollen wir zeigen, dass das nötig und auch möglich ist.

Die ökologische Krise wird bei der Eurorettung vergessen.

Obwohl sich die ökologischen Krisen immer weiter zuspitzen, wird keine Verbindung zwischen ihnen und der ökonomischen Krise gezogen. Klimawandel, Verlust von biologischer Vielfalt und die Übernutzung von Ressourcen nehmen von Jahr zu Jahr zu. All diese Phänomene stehen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten. Prinzipiell gilt: Je mehr Wachstum, desto mehr Naturverbrauch. Eine Entkopplung dieser beiden Prozesse hat in der Vergangenheit nie ausreichend funktioniert, wie im Bericht der Projektgruppe 3 der Enquête-Kommission nachzulesen ist. Eine glaubhafte Strategie, wie das in der Eurorettung funktionieren soll, fehlt ebenfalls. Europa ist eine der Regionen mit dem größten ökologischen Fußabdruck (pro Kopf) der Welt. Noch größer ist er nur in Nordamerika. Wenn jetzt auf rein quantitatives Wachstum in Europa gesetzt wird, verschärft sich die ökologische Krise. Kurzfristig mag Wachstum zwar einigen Menschen Wohlstand bringen, langfristig werden damit aber Allen die Lebensgrundlagen entzogen. Die Gesellschaft muss daher jetzt auf nachhaltige Pfade gelenkt werden, um Produktion und Konsum in Zukunft weniger ressourcenintensiv zu gestalten.

Ökologischer Fußabdruck pro Kopf im Vergleich zur globalen Biokapazität*



* „Biokapazität“ bezeichnet die ökologische Regenerationsfähigkeit einer Region.

** Globaler Hektar steht für einen Hektar Boden, der dem globalen Durchschnitt an Fruchtbarkeit und Regenerationsfähigkeit entspricht.

Quelle: Global Footprint Network 2013; Zahlen von 2007

Die soziale Krise wird ignoriert.

Die Ungleichheit in der EU hat seit Jahren zugenommen und die Eurokrise hat diese Entwicklung noch verstärkt: Mit den Bankenrettungsprogrammen wurden private Verluste – im Gegensatz zu den vorherigen Gewinnen – auf die Bevölkerung verteilt: Um die durch die Bankenrettungen massiv erhöhten Staatsschulden zu bedienen, werden nun Sparprogramme durchgesetzt. Sie sollen Wachstum generieren, haben bisher aber vor allem viele Menschen in Armut gestürzt. Dabei produziert die Wirtschaft der EU genug für die Menschen, die hier leben – die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt. Eine reiche Gesellschaft muss nicht mehr wachsen, um mehr zu haben – sondern besser verteilen, was sie hat. In Deutschland sind die privaten Vermögen etwa viermal so hoch wie die Schulden des Staates. Dieser Reichtum ist extrem ungleich verteilt: Während 50% der Bürgerinnen und Bürger sich etwa 1% des Vermögens teilen, sind über 60% des Vermögens im Besitz des reichsten Zehntels der Bevölkerung. Um die Krisen sozial und nachhaltig zu bewältigen, müssen die Schulden verstärkt über diesen privaten Reichtum bedient werden.

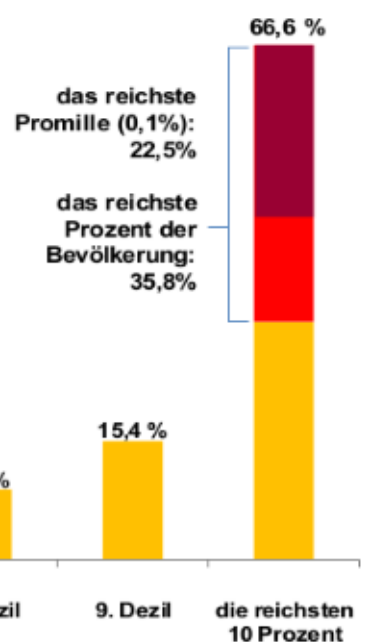
Die Finanzmärkte sind instabil - wie vor der Krise.

Obwohl es viele Reformvorschläge gibt, haben sich die grundlegenden Probleme auf den Finanzmärkten seit dem Crash von 2008 nicht verändert. Es ist immer noch möglich, große Vermögen am Fiskus vorbei in Steuerparadiese zu leiten. Es gibt weiterhin „systemrelevante“ Banken, deren Pleite eine Kettenreaktion auslösen und somit das ganze Bankensystem gefährden würde. Die Finanzmärkte sind ebenso unübersichtlich wie vor der Finanzkrise. Der spekulative Handel auf den Finanzmärkten destabilisiert die Wirtschaft. Die Kernfunktion von Finanzmärkten ist jedoch die Unterstützung der Wirtschaft durch die Bereitstellung von Liquidität. An diesem Ziel sollten sich Reformen des Finanzsektors orientieren.

Die Demokratie wird geschwächt.

Die Demokratie in der EU ließ schon vor der Eurokrise sehr zu wünschen übrig: Das Europäische Parlament ist im Vergleich zum Ministerrat und der EU-Kommission schwach, die Lobbyverbände der großen Industrien dafür umso stärker. Dieses Problem wird in der Eurokrise noch verschärft: In Windeseile werden weitreichende, komplexe Entscheidungen getroffen, ohne dass die Wählerinnen und Wähler sich beteiligen können. Darüber hinaus wird die Souveränität der Mitgliedsstaaten zur Durchsetzung der Sparpolitik eingeschränkt: Als es in Griechenland ein Referendum über die Sparmaßnahmen geben sollte, stellten die EU und der IWF sofort ihre Zahlungen an das Land ein – Griechenland durfte nicht allein entscheiden, wie es seine Schulden zurückzahlt. Das erfolglose Krisenmanagement rund um den Euro und das jahrzehntelange Scheitern in der Umweltpolitik zeigen, dass Probleme nicht gelöst werden, wenn sie einer kleinen Elite überlassen werden. Mehr Demokratie ist erforderlich – in der EU und in Deutschland, in der Politik und in der Wirtschaft.

Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte in Deutschland



Doch die Krise birgt auch die Chance einer Wirtschaftswende.

Krisen bergen auch immer die Chance, grundlegende Veränderungen zu verwirklichen. Die Katastrophe von Fukushima hat in Deutschland zu einer Abkehr von der Atomenergie und einem Umlenken in der Energiepolitik geführt. Durch die Energiewende ist die Bundesrepublik mittlerweile internationales Vorbild bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, auch wenn die weiteren Klimaschutzaktivitäten und die deutsche Rolle auf europäischer Ebene noch sehr zu wünschen übrig lassen. Um die Eurokrise und die ökologische Krise gemeinsam anzugehen, ist ein ähnliches, noch weiter gehendes Umdenken nötig: eine Wirtschaftswende.

Deutschland kann und muss sich bewegen.

Deutschland ist in der Eurokrise in einer besonderen Lage: Durch die Exportüberschüsse in den letzten Jahren wurde ein Reichtum erwirtschaftet, der jetzt Handlungsspielräume eröffnet. Die deutschen Exportüberschüsse haben jedoch zu hohen Schulden bei den südeuropäischen Euroländern geführt. Als Gläubiger ist Deutschland mitverantwortlich für die Schuldenkrise – und handlungsfähiger als die Schuldnerländer. Diese wirtschaftliche Lage sollte genutzt werden, um einen zukunftsfähigen Weg aus der Eurokrise einzuleiten – anstatt sich einseitig für Sparmaßnahmen einzusetzen.

Eine Wirtschaftswende ist notwendig!

Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sollte von einer wünschenswerten Vision von Europa ausgehen. Derzeit wird aber ein Krisenmanagement betrieben, welches den meisten Menschen vor allem Angst vor einer weiteren Integration Europas macht. Es braucht eine neue Perspektive für Europa, die demokratisch legitimiert, naturverträglich und sozial gerecht ist. Ein solches Europa zu etablieren ist ein langer Prozess, der nicht mit wenigen Maßnahmen vollzogen werden kann. Doch gerade in der Krise ist es wichtig, erste Schritte zu gehen. Um eine Wirtschaftswende einzuleiten, fordern wir:

Erster Schritt: Internationale Finanzmärkte regulieren.

Derzeit dient die Finanzwirtschaft vor allem der Erzielung von Gewinnen auf den Finanzmärkten. Sie sollte aber im Dienst der Wirtschaft stehen und sie stabilisieren. Finanzmärkte, die ihre Kernfunktionen erfüllen, können nur durch Regulierung erreicht werden:

- Seit die Kapitalverkehrskontrollen 1994 aufgehoben wurden, können große Mengen an Geld aus der EU in Steuerparadiese gebracht werden. Vermögende können so Steuern leicht umgehen und leisten finanziell einen geringeren Beitrag für die Gesellschaft. Doch auch eine Regulierung des Finanzsektors wird so erschwert: Denn Investoren können derzeit jede Reformbemühung mit einem schnellen Abzug ihres Geldes bestrafen. Kapitalverkehrskontrollen sind deshalb eine Grundvoraussetzung für eine Reform der Finanzmärkte.
- Die Komplexität und Anzahl der Finanzprodukte muss beschränkt werden. Einerseits ermöglichen sie die bewusste Verschleierung von Risiken, andererseits erschweren sie die demokratische Kontrolle der Finanzwirtschaft.
- Eine Marktwirtschaft kann nicht funktionieren, wenn einzelne Banken so groß werden, dass ihr Versagen das ganze System gefährdet. Daher ist eine Größenbegrenzung für Banken sinnvoll. Auch sollten Geschäftsbanken nicht an den Finanzmärkten spekulieren dürfen.
- Die Finanztransaktionssteuer, die Spekulation eindämmen kann, scheint auf gutem Weg in der EU. Sie muss jedoch von allen Instanzen angenommen und ihre Durchsetzung überwacht werden.

Es ist leicht, auf gierige Banker zu schimpfen. Doch auch im Finanzgewerbe stehen die meisten Menschen unter einem großen Leistungsdruck. Daher müssen die Rahmenbedingungen geändert werden, um eine stabile, faire und umweltgerechte Wirtschaft zu erreichen.

Zweiter Schritt: Reichtum und Ressourcen stärker besteuern, Arbeit entlasten.

Deutschland belastet Arbeit stark mit Steuern und Abgaben, als wäre sie etwas Unerwünschtes. Die Ausbeutung der Natur wird hingegen nur schwach besteuert. Das gleiche gilt für private Vermögen und hohe Einkommen. Steuern auf Arbeit haben in Deutschland einen Anteil von 17% an allen Steuern und Abgaben, zusätzlich tragen die Sozialversicherungsabgaben noch einen Anteil von 40% bei. Dagegen trägt Umweltverbrauch nur mit 5% und Kapital nur mit 12% zum Steueraufkommen bei. Es könnte auch anders sein: In Dänemark liegen die Einnahmen durch Umweltsteuern beispielsweise bei 12%. Auch hierzulande sollten die Abgaben und Steuern auf Arbeit gesenkt und die Steuern auf Ressourcen und Vermögen erhöht werden. Höhere Steuern auf Ressourcen tun der Natur gut, denn sie schaffen Anreize, dass Unternehmen effizienter wirtschaften und die Menschen umweltschonender konsumieren. Durch höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen wird endlich begonnen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und es steht Geld zur Verfügung, um die Staatsverschuldung abzubauen. Für den Schuldenabbau können zudem umweltschädliche Subventionen reduziert werden, was wiederum ökologisch sinnvoll ist.

Dritter Schritt: Wettbewerb zwischen den Euroländern mildern, Arbeitszeit in Deutschland umverteilen.

In der Eurozone sind die Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften sehr unterschiedlich. Deutschland ist mithilfe von Lohnzurückhaltung und der Unterbewertung des Euros im Verhältnis zur deutschen Wirtschaftsleistung zu wettbewerbsfähig geworden. Die anderen Staaten der Eurozone können nicht mehr mithalten. Eine Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, flankiert von einem würdigen Mindestlohn, sowie gemeinsame Staatsanleihen der Eurostaaten würden dazu beitragen, die verschiedenen Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone anzugleichen. Deutsche Produkte würden sich im Ausland verteuern, die deutschen Exportüberschüsse würden reduziert, was zur Lösung der Eurokrise dringend notwendig ist. Deutschland feiert seit Jahren seine „Exportweltmeisterschaft“, obwohl die Bundesregierung per Gesetz dazu verpflichtet

ist, ein ausgeglichenes Verhältnis von Importen und Exporten anzustreben.

In Deutschland sind Arbeitszeit und Freizeit sehr ungleich verteilt. Millionen suchen eine Stelle, finden aber keine oder nur befristete Teilzeitstellen. Ihnen gegenüber stehen Menschen mit 40-Stunden-Wochen und mehr, die nur wenig Energie für ihre knappe Freizeit haben. Freundschaften und Familie, aber auch soziales und demokratisches Engagement leiden unter dieser Arbeitsverteilung. Allein im Jahr 2012 wurden in Deutschland knapp 1,4 Milliarden Überstunden geleistet. Das entspricht fast einer Million 30-Stunden-Stellen. Es ist an der Zeit, Arbeit anders zu organisieren: Wenn Umweltverbrauch und Reichtum statt Arbeit besteuert werden, können die Unternehmen mehr Menschen einstellen. Wird dann zusätzlich die tarifvertragliche Höchstarbeitszeit begrenzt, so wird es zu einer Umverteilung von Arbeit und Freizeit kommen.

Eine Arbeitszeitreduktion sollte auf Basis eines Mindestlohn-Niveaus erfolgen, das auch bei reduzierter Vollerwerbszeit einen würdigen Lebensunterhalt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Das wäre ein erster Schritt zu mehr Zeitwohlstand für Lohnabhängige. Ein Zeitwohlstand, der nicht nur ein sozialeres und engagierteres Leben möglich macht, sondern auch den Freiraum für nachhaltigere, suffizientere Lebensstile bietet.

Deutscher Exportüberschuss



Die Ausgabe von gemeinsamen Staatsanleihen der Eurostaaten würde den unmittelbaren Druck auf die Krisenstaaten verringern und die Last der Staatsschulden gleichmäßiger zwischen den verschiedenen starken Volkswirtschaften der Eurozone verteilen.

Vierter Schritt: Mehr Kooperation und Demokratie in Deutschland und Europa.

In der Eurokrise hat sich gezeigt, dass die Politik der verschiedenen Länder koordiniert werden muss. Deutschland kann nicht einfach seine Finanzmärkte reformieren oder seine Wettbewerbsfähigkeit absenken, ohne sich mit den anderen Staaten der EU abzusprechen. Doch Deutschland kann sich auf demokratischem Wege für eine Regulierung der Finanzmärkte einsetzen und aus seiner Position der Stärke heraus den zersetzenden Wettbewerb zwischen den EU-Staaten zurückfahren.

Eine gemeinsame Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik auf EU-Ebene bedarf jedoch auch demokratischer Legitimierung. Um die EU demokratischer zu gestalten, sollten Entscheidungen möglichst nah an den betroffenen Menschen und Regionen gefällt werden. Das in der EU verankerte Prinzip der Subsidiarität muss ernst genommen und durchgesetzt werden. Das heißt, dass zunächst auf lokaler Ebene die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden muss. Nationale Parlamente sollten stärker in Entscheidungen der EU eingebunden werden. Für die Angelegenheiten, die auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, bedarf es eines starken europäischen Parlaments. Dafür müssen die Kompetenzen des Parlaments im Vergleich zu Rat und Kommission ausgeweitet werden. Europäische Listen für dessen Wahl würden zu einem gesamteuropäischen Wahlkampf führen, der dem Parlament mehr Legitimität geben würde und zur Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft beitragen könnte. Gemeinsam kann so eine neue Vision für ein demokratisches Europa entwickelt werden: für ein Europa, mit dem sich seine Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

Die Enquête-Kommission hat die Debatte über den Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in den Bundestag gebracht - nun müssen die gewonnenen Erkenntnisse in verantwortungsvolle Politik umgesetzt werden. Die Parlamente sind nicht die einzigen Orte, an dem dieses Umdenken stattfinden muss, aber sie gestalten wichtige Rahmenbedingungen. Wir fordern Sie deshalb auf, Schritte für eine tatsächliche Wirtschaftswende einzuleiten.

Lesen Sie mehr über die Wirtschaftswende auf www.wirtschaftswende.de

Titelfoto: D Petzold Photography/Flickr.com